

Lothar Nettelmann:

Die Linke hat wieder ein Feindbild: Schröder – eine Polemik?

I. Vorbemerkungen

Warum schreibt man so etwas?

Ich denke, wir alle stehen in dem Zwiespalt zwischen einer gewissen fachlichen oder auch fachdidaktischen Verpflichtung und einer Grundüberzeugung, die jeder, der sich mit Politik beschäftigt, gewonnen hat. Ich will nicht verhehlen, dass ich auch Überzeugungen gewonnen habe, die man mal mit »Staatsinterventionismus«, mit der Zielanstrebung von »sozialer Gerechtigkeit« und damit im weitesten Sinne mit „Links“ bezeichnen kann. Insofern bedeutet es für jemanden, der seit Jahrzehnten Überzeugungen aufgebaut hat, neue Gesichtspunkte und Denkansätze kennen gelernt und Erfahrungen machte und diese auch reflektiert hat – und dieses alles auf der Basis einer bleibenden Grundüberzeugung, durchaus etwas, das man nicht so einfach abtun kann.

Ursprünglich ist der Text 1999 konzipiert worden. Der Anlass war: Gerhard Schroeder hatte die Wahl 1998 gewonnen und Tony Blair hatte in London noch alles im Griff. Der ursprüngliche Entwurf blieb liegen, da PUA 2000 noch nicht erscheinen konnte. Der Gegenstand hat nicht an Aktualität eingebüßt – im Gegenteil, er hat an Brisanz gewonnen.

Warum Polemik? Es klingt an sich unangenehm. Es handelt dabei sich wesentlich darum, gegenwärtige Probleme der realen Politik, der ablaufenden Prozesse in der europäischen Gesellschaft, in globalisiertem Zusammenhang anzusprechen und zum Gegenstand des Diskurses zu machen – hier wesentlich im Politikunterricht der Schule. Genauer gesagt: Es handelt sich um das Nichtausblenden real erfahrbarer Zusammenhänge. Der Tendenz, durch Abdriften in verbal schön klingende Ansätze wie z.B.: »Demokratie-Lernen« mit zunehmend abstrakt theoretischen Tendenzen, d.h. mit abnehmenden Kontext zur realgesellschaftlichen Prozessen, muss ein Gegenmodell entgegengesetzt werden. »Demokratie«: Ja! Das ist ein unverrückbarer Konsens. Wenn, dann die sich gestaltende Demokratie in der Europäischen Union. Es sind die ablaufenden Prozesse im demokratisch legitimierten und rechtsstaatlich verfassten System.

Dazu gehört nun einmal als Fundament die zentrale Rolle des Staates in seiner Vielfalt, seiner Variabilität – auch seiner „Infrage-Gestelltheit“. Die Themenbereiche (der Demokratie) sind dadurch gegenwärtig ablesbar, die Auseinandersetzung um die Sozialsysteme in ihrer rechtlichen, sozialen, ökonomischen und moralischen Dimension – das wäre Politik; also:

- Fragen der Migration aus semiperipheren und peripheren Regionen in die wohlhabenden Regionen Europas mit ihren demographischen, psychischen und kulturellen – kurzfristigen wie langfristigen – Konsequenzen.
- Die Anforderungen im Modernisierungsprozess; hier: west-mitteleuropäischer Gesellschaften.

Die skizzierten Gedanken sollen Ansätze ansprechen, Stichworte zum Anstoß geben und zugleich die Dynamik der vergangenen Jahre im Paradigmenwechsel seit der Kohl-Ära einbeziehen.

Das schließt auch die Betrachtung der letztlich seit den siebziger Jahren ablaufenden Modernisierungsdiskussionen ein. Ebenfalls die Wahrnehmung seitens der Bürgerinnen und Bürger: die Bewältigung des Ungewissen der Risiko-Gesellschaft, auch die (innere) Auseinandersetzung

- mit z.T. ‚lieb gewonnenen‘ Überzeugungen, wie »Solidarprinzip«, »Subsidiaritätsprinzip«, »Liberalität« in unserer Gesellschaft;
- mit dem »Partizipationsanspruch« gegenüber Entscheidungsträgern in der Demokratie von ‚unten‘, d.h. seitens ‚machtarmer‘ Bevölkerungsgruppen.

Dazu gehört die Bewusstmachung struktureller bzw. systemspezifischer Zwänge.

Die Schroeder-Blair-Papiere, die vor wenigen Jahren soviel Staub aufgewirbelt haben und jetzt in Deutschland durch die Ergebnisse diverser Kommissionen („Hartz“ – „Rürup“ – „Herzog“) ergänzt und konkretisiert worden sind, waren somit Anlass die folgenden Zeilen zu verfassen. Motiv war zweifellos auch ein gewisser Unmut, das Gefühl der Ungewissheit, die Befürchtung anonymer Einflussnahme auf die Kernprobleme in unserer Gesellschaft, bzw. das Gefühl der Ohnmacht gegenüber diesen z.T. bereits erfolgten Weichenstellungen. Es ist nicht mehr die inzwischen abgelegte »Politik-Verdrossenheit« bzw. »Politiker-Verdrossenheit«. Es ist die Empfindung und die klar sich verdeutlichende Wahrnehmung der hilflosen Einbindung in Prozesse, die nicht mehr im traditionellen Sinne von Demokratie beschrieben werden kann. Ein Konflikt ist nun der, der auch die ‚alte‘ ‚Linke‘ mit einbezieht.

II. Zur Polemik

Didaktiker müssen sich der Diskussion über die Problematik stellen. Es wird aber schwierig sein, in der gegenwärtig emotional aufgeheizten Atmosphäre eine ausreichende Distanz aufzubauen.

Es ist offensichtlich, dass ein Großteil der Linken den Konflikt nicht ertragen kann. Sie ist offenkundig nicht willens oder fähig, zwischen symbolisch Wichtigem, aber politisch Nachrangigem das Notwendige zu tun und das Idiotische zu unterlassen. So gesehen, hat man aus distinkten moralischen Gründen den Fehde-Handschuh hingeworfen und dadurch die Grundlage klugen politischen Handelns gefährdet. Die Folgen sind bekannt: Statt Abrüstung ein neuer Schub von Überrüstung in den USA und Europa, statt einer sozialen Kompromissfähigkeit die Kohl'sche Politik der ‚moralischen Wende‘ und ihre Fortsetzung.

Es scheint erneut, dass Wissenschaftler der Linken weniger distanzierungsfähig sind gegenüber Überzeugungen und Positionen des eigenen Lagers.

Es mag moralisch degoutant sein, dass Schröder aus England ein Papier mitbrachte, das Linke als Konflikt-Auslösungskatalysator (begierig) aufnahmen – zweifellos mit gewissem Recht – aber: es war wieder einmal einer der ihren, gegen den sich der Stachel richtet.

Sie sind sauer, weil sie nicht gefragt worden sind und Schröder und Blair auf die anderen Berater abgefahren sind. Das Problem ist, dass die Linke selbst langfristig eine Situation herbeigeführt hat, in der sie zwar kluge Seminarpapiere produziert hat und kritisch, zynisch oder hämisch die zurückliegende Politik begleitete, analysiert und kommentiert hat, selbst aber nicht in der Lage war, den Versuch zu machen, am PC geschlossene Konzeptionen zu entwickeln die auch durch das Machbarkeits-Korrektur-Programm gelaufen sind. Genau dieser Vorwurf wird von den nun so Enttäuschten den Herren Schröder und Fischer gemacht.

Wo sind denn bitte die Analysen gegenüber dem Scheitern Kohls, zwei/drei Jahre vor seiner Abwahl 1998 die überfälligen notwendigen Steuerreform durchzuführen, weil diese den geschlossenen Breitseiten der Lobbyisten-Verbände zum Opfer gefallen sind?

Wer der festen Überzeugung ist, dass das bisherige Einkommens- und Sozialstaatsniveau aufrecht erhaltbar ist, der möge – bitteschön – auch sagen wie!

Es ist zu beobachten, dass Partei- und Gewerkschaftslinker kaum noch diskussionsfähig sind gegenüber denen, die ein höchst mögliches Niveau als politisches Überzeugungsziel ansehen, ihre Augen aber nicht verschließen vor der gegenwärtig sichtbar zu erwartenden Entwicklung gegenüber der Semiperipherie:

EU-Osterweiterung bedeutet die mittelfristige Besetzung von Arbeitsmarkt-Segmenten zu für ein Hochkosten-Land nicht leistbaren Konditionen.

Der gegenwärtige Ausschluss der Türkei vom EU-Arbeitsmarkt stellt einen eklatanten Bruch von Vertragsvereinbarungen der siebziger Jahre dar und ist moralisch verwerflich gegenüber dem bürgerlichen Prinzip von ›Treu und Glauben‹. Das jetzt geplante milliarden schwere Panzer-Verkaufsprojekt setzt dem nur noch die Krone auf. Es ist vorerst geplatzt.

Werden (in der zunächst kleinen Lösung?) der sog. Osterweiterung oder besser der EU-Ost / Süd-Ost-Erweiterung im Stufenplan bis etwa zum Jahr 2020 die Subventionstöpfe für die Neuen weitgehend verschlossen bleiben *sollen* – der Sicht der etablierten ‚Alten‘ – auch *müssen*.

Die Linke hat wieder ein Feindbild: Schröder

Wenn es aus EU-Binnensicht unmöglich ist, so bedeutet es, das man auf Kosten der Nachbarn seinen eigenen Wohlstand beibehalten und mehren will – letztlich das klare Konstruktionsziel der EWG-EG-EU. Ist eigentlich jedermann bewusst, dass im Jahre 2019 man des achtzigsten Jahrestages des Überfalles auf Polen gedenken wird und es bis zu diesem Datum wahrscheinlich nicht zu schaffen gewollt ist, durch vollständige und tatsächliche Integration in das reiche Westmitteleuropa, das zum ökonomischen Sieger des Zweiten Weltkrieges geworden ist, dieses Unrecht ‚wieder gut zu machen‘! Zumindest kann man dann sicher sein, dass dann niemand mehr leben wird, der den historischen Unrechtstag noch bewusst erlebt haben könnte.

Wie soll die Quadratur des Kreises erfolgen, wenn aus zwingenden, auch moralischen Gründen das Gleichheitsprinzip der Osterweiterung für die Staats-Etats deutlich teurer wird und dem mittelfristig keine Steuereinnahmen zur Kompensation zur Verfügung stehen,

- wenn künftige (militärische) Interventionskosten an der Peripherie getragen werden müssen – und zu dem Zwecke Ordnungsmacht gegenüber ihren nord-östlichen Nachbarregionen zu sein, die türkische Armee modernen Ansprüchen genügend schlagkräftig ausgerüstet wird;
- wenn steigender finanzieller Bedarf wegen der demographischen Veränderungen in Medizin und Pflege – falls die Kostendeckelung durchbrochen werden sollte;
- wenn der Prozess des Absinkens gerade Jugendlicher aus früheren Aufsteigermilieus in die Unterschicht steigende finanzielle Leistungen und Kompensationen erforderlich macht, soll der Artikel 20 GG nicht völlig ausgehöhlt werden.

Ist Oskar Lafontaine klanglos zurückgetreten, weil der von ihm repräsentierte ‚soziale Modernisierungsflügel‘ von Schröder entmachtete wurde, d.h. er einen *Macht-Kampf* verloren hat oder ist es als sein Eingeständnis zu werten, im Bewusstsein wissenschaftlich-fachliche–personelle–beamtenapparatspezifische Minderheit zu sein.

Eine eindeutige Antwort ist kaum möglich, aber: Nachdem Schröder seine Niedersachsen-Wahl im März 1998 als Signal zur Kohl-Abwahl gewonnen hatte, war es doch der gute Oskar, der seinen Freund Gerhard persönlich zum Kanzlerkandidaten vorschlug. Wusste er eigentlich nicht um seine *eigene* Position wie auch die im tendenziellen Dissens davon bestehende *andere* Position des Freundes? Alles dieses jetzt von Überrumpelung und ähnlichem sprechen, sei gesagt, dass das Austragen des Konfliktes an dem Ort, an den es hingehörte, nämlich auf den entsprechenden Sonderparteitag, um dort endlich einmal echte Diskussionen und eine echte Richtungsentscheidung zu treffen verzichtet wurde. Man muss annehmen auch bewusst!

Andererseits, hat man schon vergessen, dass sich der Beobachter nach Bildung der Koalitions-Regierung nicht des Eindrucks erwehren konnte, dass Oskar sich gern in der Rolle des Überkanzlers sehen ließ und die Auguren der Presse deutlich Lunte rochen?

Nein, es ist genau die Taktik, die dem Schröder-Flügel zur Durchsetzung verhalf gegenüber den innerparteilichen Rivalen. Die Methode des Kampfes haben aber eben diese gewählt. Da helfen jetzt keine Krokodils-Tränen. Eine Minderheit muss sich der Mehrheit beugen oder die Konsequenzen ziehen. Die dann folgende Alternative wartet schon. Ob es in absehbarer Zeit noch einmal die Chance auf Rot-Grün geben wird, steht in den Sternen. Die Etablierung der aus dem Osten kommenden links-alternativen Kraft ist mittelfristig in der alten BRD nicht koalitionsfähig und letztlich kaum mehr als eine Missstimmungen instrumentalisierende Antipartei. Im Übrigen war ich schon immer der Meinung, dass die Öko-Bewegung keine Partei hätte gründen sollte. Aber die Geschichte hat es so gewollt und es hat ja auch schon einiges gebracht.

Eine eindeutige Antwort ist nicht in Sicht.

Wenn Wählergruppen wegbrechen weil sie enttäuscht sind gegenüber ihren Vorstellungen und Wünschen und sich dann – partiell zu Recht – düpiert fühlen, so ist die Alternative aber nicht: Mehr soziale Gerechtigkeit schaffen bzw. ein Höchstmaß aufrechtzuerhalten *durch den Staat* anstelle der ‚liberalen Modernität‘ von Blair und Schröder nach dem Denkmuster von Giddens und Beck.

Die realen Alternativen zeigen Koch (Hessen) und Müller (Saarland) auf. Jeder weiß – oder müsste es wissen – was sich hinter ›Stärkung der Wirtschaft‹ in der Diktion dieser Leute verbirgt, auch wenn Hessen als Folge eines vorschnellen Wahlversprechens bzw. im damaligen Bewusstsein es sowieso mangels Voraussetzung nicht einlösen zu müssen, einige Lehrer zusätzlich einstellt.

Wenn Herr Wulff aus seiner Oppositionsrolle heraus verspricht, 2000 Lehrer einzustellen, so ist wohl eher die Umsetzung der Forderung nach drastischer Personaleinsparung in Niedersachsen im Öffentlichen Dienst aus seiner Fraktion heraus sowie entscheidenden Einsparungen für den Fall des ‚Tages danach‘ in ca. drei Jahren ernst zu nehmen. Diese reale Alternative – auch die Personalsituation an bayerischen Schulen – ist das Problem, nicht das relativ minimale Sparprogramm Eichels. Es ist durchaus zu fragen, ob z.B. die Sozialdemokratie in toto auch der DGB als Großbewegung und inzwischen Riesenbeamten-Apparate historisch überholt sind. Die Tendenz zur Degeneration als *Wahlverein* nach US-Muster ist übersehbar.

Biedenkopf und Vogel haben in ihren Freistaaten das gleiche Problem und zudem in erhöhtem Maße. Nur gibt es dort nicht die westdeutschen Milieus. Die jüngsten Wahlerfolge der Union in den neuen Ländern können nicht über die über die Zerstörung der ›Politischen Kultur‹ durch die SED/DDR hinwegtäuschen. Es war, was einem Großteil der CDU-, PDS- und DVU-Stimmen (in Magdeburg 1998) betrifft, weitgehend eine ‚unpolitische‘ Wahl. Sie wurden halt von zwei im Rentenalter befindlichen Personen gewonnen.

Bleibt die Gewerkschaftslinken bei den gleichen Positionen, wenn Biedenkopf nächstens Bundeskanzler werden sollte als Nachfolger seines ‚Schülers‘ (vgl. DIE ZEIT v. 17.9.1999) und z.B. eine drastische Rentenreform durchsetzt auf gegenwärtigem Sozialhilfeniveau – das dann zweifellos weiter absenkungsfähig sein wird – für alle und ‚Bezahlung‘ (dann weniger) für Beamte ‚nach Leistung‘.

Für im staatlichen Bereich Tätige (und auch Politiker) und das ist die Mehrheit, wenn auch links-liberale Eltern ihre Kinder zu ›Waldorf‹ schicken – birgt dieser gegenwärtige Konflikt eine neue – eine wiederauflebende alte – Brisanz.

Es ist einerseits die der Analyse und kritischen Betrachtung verpflichteten wissenschaftlichen und politischen Didaktikansatzes, der von der Mehrheit unserer Spezies getragen wird.

Der Konflikt tut sich auf angesichts von Forderungen seitens der ›Wirtschaft‹ und Teilen der ›politischen Klasse‹, dem ›Wirtschaftsthema‹ einen höheren Stellenwert einzuräumen. Dazu wären wir Politiklehrer an sich prädestiniert, da die meisten anderen Kollegen Historiker und Geografen mangels Voraussetzungen nicht in Frage kommen. Der Anspruch liegt aber in der gegenteiligen Richtung.

Positiv formuliert ist es ein konstruktives synthetisches Denken, das – und das ist das Nichtgesagte – kritisches Hinterfragen negiert und an der Oberfläche in Alibifunktion ›Kritikfähigkeit‹ nur noch pauschal postuliert.

Der Spagat, den Konflikt zu überbrücken von der notwendigen und sinngebenden ›kritischen Analyse‹ zum (verdammten) pragmatisch-kompromisslerischen Konstrukt zu kommen, diesen Pfad zu beschreiten, wird von einem Großteil der Linken als ‚Teufelszeug‘ abgetan.

Den ‚Frosch‘, neue ökonomische Erkenntnisse als per se notwendig und für eine neue soziale Sicherheitssystematik unabdingbar zu schlucken, verweigert man sich und beklagt die Brachialgewalt, mit der Schröder/Eichel/Müntefering/Fischer etc. vorgeblich neoliberales Teufelszeug aus dem Hut zaubern.

Der Dialog zwischen den ›Modernisierern des Lafontaine-Typs‹ und denen des ›Schröder/Blair-Typs‹ findet nicht statt. Wessen Schuld ist es eigentlich? Und wohin mündet es?

Es ist zu befürchten, dass die Linke in SPD und Grünen wieder völlig abgedrängt aus maßgeblicher Wissenschaft und Politik, sie aber, wenn sich wirklich eine Biedenkopf/Schäuble/Wulff-Politik mehrheitsmäßig durchsetzt, sie schmollend im Seminar diskutieren oder im Landsitz der Toskana ihre Memoiren schreiben wird mit dem Untertitel: Wir haben mal wieder Recht gehabt.

Haben wir schon vergessen, dass Helmut Schmidt, der tüchtigste Bundeskanzler, den wir bisher hatten, auch wesentlich von den eigenen – linken – Genossen zu Fall gebracht wurde mit allen bekannten fatalen Folgen? Genscher hat damals nur rechtzeitig das sinkende Schiff verlassen. Es ist legitim, dass ein solch al-

Die Linke hat wieder ein Feindbild: Schröder

ter Fuchs einer ›Fast-Drei-Prozent-Partei‹ das tut, wenn er Lunte riecht. Die Flügel einer ›Fast-Dreißig-Prozent-Partei‹ sollten deshalb klug handeln.

Die letzten Politiklehrer gehen dann etwa im Jahre 2010 in Pension, vorübergehend erledigen den Job dann die Sport- und Religionslehrer nebenbei, bis dann die Generation der Neu-Betriebswirtschaftslehre-Lehrer vor den Türen des Gymnasiums und der Haupt- und Real-Schulen stehen. Dann haben wir aber die o.a. ›kritischen Probleme‹ nicht mehr. Die künftigen Hochleistungsschulen trimmen ihre Schülerinnen und Schüler dann ohne politische Bildung.

Eine jetzt nur machttheoretische Frage wird sein – wie eng eingegrenzt Entscheidungsräume des Staates bestehen. Inwieweit bestehen überhaupt real gegebene Entscheidungsmöglichkeiten des Staates und inwieweit sind Alternativen ausreizbar? Dominiert nicht bald die Machtebene und gestaltet die ›formalen‹ Normen- wie Inhaltsetzungen, die der Staat zwar zu verantworten hat, die aber nicht Ausdruck eines demokratisch legitimierten gestaltenden Willens oder gar eines Diskurses sind und allenfalls im Nachhinein rhetorisch ‚abgenickt‘ werden.

Fragen, für die die Empiriker noch keine Antworten haben bzw. geben müssen, sind: Wie hoch ist der Prozentsatz einer jeweils betroffenen Bevölkerungsgruppe wirklich, der Einschränkungen hinzunehmen bereit ist, die vergleichbar über die Größenordnung kleiner Steuererhöhungsschritte der Kohl/Waigel-Regierung hinausgehen.

Bei Medizinern, Lehrern, Beamten, Bergarbeitern und Bauern kann dieses nicht als geben angesehen werden. Letztere beiden Gruppen sind bereits Opfer des Strukturwandels geworden, wie Bauhandwerker und Fachverkäuferinnen auch.

Wie hoch ist die Akzeptanz junger Bürgerinnen und Bürger, das Prinzip des ›Generationenvertrages‹ weiterhin zu akzeptieren – ein Vertrag, den sie selbst nicht abgeschlossen hat und eigentlich gar niemand – und dessen heutige und noch mehr die künftige Validität mental und rational nur sehr schwer vermittelbar ist. Wie wird die Wahrnehmung der Differenz zwischen Brutto und Netto, die als anonyme finanzielle Leistung, aber nicht als eigene Alterssicherung betrachtet wird, während eigene diffuse Erwartungen exzessiv geäußert werden?

Im Sparpaket soll das Rentenniveau prinzipiell festgeschrieben und tendenziell nur marginal reduziert werden. Und wie gehen wir damit um, dass es eine inhaltliche und große Zustimmung gibt zu den Prinzipien der neuen Weichenstellung? Es ist weitgehend Konsens, dass es deutliche Reformen geben muss. Auch gelernte Linke müssen erkennen, dass es nicht sein kann, dass sich ein professioneller Politische Bildung betreibender sich als solcher in einer norddeutschen Zeitung ‚*outet*‘ und die Profession in Misskredit bringt, dadurch, dass er Gerhard Schröder individuell für alle Irrtümer und vorgebliche Fehlentscheidungen verantwortlich macht und das Heil im Rücktritt sieht. So nicht – und zwar absolut nicht!

Es ist aber wirklich nicht hilfreich, abweichende Meinungen sofort mit dem Totschlagsargument ‚neoliberal‘ anzugreifen. An folgenden Prinzipien des Paradigmenwechsels kommen wir nicht vorbei – zweifellos sehr persönliche Bemerkungen:

- Die (von der Regierung Kohl) jedes Jahr aufs Neue verschleppte Sanierung des Haushalts ist überfällig.
- Der Staat kann seine Rolle gegenüber den Wünschen von Verbänden, den linken Flügeln der Parteien (SPD/GRÜNE/PDS und auch CDU/CSU!) bis hin zu den besser verdienenden Medizinern und den Landwirten und vor allem den Privilegien-Innehabern des Mittelstands und wider alle Vernunft nicht mehr aufrechterhalten: das wäre unverantwortliches Verhalten.

Der Arbeitsplatzabbau in den industriellen Sektoren, sei es aus Gründen von Verlagerung ins Ausland, ‚outsourcing‘, oder durch ‚shareholder value‘ induzierte Reduktionen ist ein Strukturproblem hoch entwi-

ckelter Länder. Es ist ein Irrglaube, zu meinen, unbezahlbare Subventionen und teure Strukturen können langfristig aufrechterhalten werden.¹

Beispiele aus einer Regionalzeitung (Hannoversche Allgemeine Zeitung) allein aus einem Zeitraum von einer Woche sind symptomatisch:

- a. Die Stadtwerke werden nicht mehr lange wie bisher bestehen bleiben können, dadurch entfallen bisher gut abgepolsterte Arbeitsplätze.
- b. Ein Möbelwerk ‚hinter dem Deister‘² erzwingt von seinen Mitarbeitern eine ‚hohe Motivation‘, nach Feierabend und am Sonnabend einige Stunden zusätzlich – also ohne Bezahlung – zu arbeiten, wenn etwas nicht zur vollsten Zufriedenheit der Kunden ‚gelaufen‘ ist.
- c. Ein Metallbetrieb im KfZ-Zuliefererbereich ‚vor dem Deister‘ befindet sich trotz (oder gerade wegen) mehrfachen Besitzerwechsels und langjährigem stufenweisen Arbeitsplatzabbau nicht in der von der französischen Konzernzentrale gewünschten und vorgegebenen Gewinnzone – dieses bei anerkannter Qualität der Produkte. Die Schließung und Verlagerung ist mittelfristig absehbar.
- d. Die klein- mittelständischen Betriebe beklagen motivationslose und schlecht vorbereitete Auszubildende. Das Überangebot an Lehrstellen resultiert u.a. aus der Nichtbesetzung wegen mangelnder Eignung. Andererseits stellen die Firmen gut ausgebildete Fachkräfte nicht ein trotz überdurchschnittlich guter Auftragslage. Diese paradoxe Situation wächst weiter.

Was, bitteschön, wollen gewisse Leute den Herren Schröder (Ex-Rechtsanwalt), Eichel (Ex-Oberstudienrat), Fischer (Ex-Taxifahrer) noch alles in die Schuhe schieben? Es ist geradezu eine eklige Demagogie der eigenen Genossen, Schröder die Nichterfüllung des Wunderversprechens von der so genannten Vollbeschäftigung anzulasten.

Denjenigen, die die vorgebliche Nichteinlösung von Wahlversprechen beklagen, ist wohl jegliche politische wie allgemeine Lebenserfahrung abhanden gekommen. Um zum Ziel zu gelangen, muss man halt Versprechungen machen, das war doch die Grundlage Adenauers, Ehrhards und Kohls. Die Bedingungen deformierter politischer Kultur machen es notwendig. Wenn, dann die Bedingungen der politische Kultur verbessern. Und dieser Kampf gegen Windmühlenflügel ist verloren gegangen. Mit Moralisten kommt man in der Politik nicht weit. Es ist weiterhin notwendig, Unabdingbares zu tun, die 1995/66 Verzögerten Grausamkeiten auszuführen und nicht zu Traumtäänzern, auch wenn rechts-extreme Populisten in Deutschland oder Austria bedrückende Wahlerfolge erzielen und gewisse Ostalgiker in den neuen Ländern Wahlnischen besetzen, dadurch dass sie allen einen immer größeren Anteil am Kuchen versprechen, der in den alten Ländern erwirtschaftet wird.

In Österreich ist die Haider-Partei aufgrund eines dumpf-aggressiven Wahlkampfes u.a. von mehr als einem Drittel der Arbeiter, Rentner und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes gewählt worden – und dies trotz objektiv guter (und relativ hervorragender und/oder wegen möglicherweise nicht aufrechtzuerhaltender) sozio-ökonomischer Situation!

Der SPIEGEL spricht gar von einer »Lachnummer Deutschland« (09/2004), und dieses bezogen auf alle Politiker! Fazit: Rigide Machtkämpfe, aber substanzlose Politik und nirgendwo der Versuch einer Vermittlung von »Verantwortung«.

¹ Dass auch innerhalb der volkswirtschaftlichen Theorie zunehmend die ausschließliche Orientierung von Unternehmensstrategien an der Zieldisziplin „shareholder value“ kritisch gesehen wird, zeigt zum Beispiel Knorren, Norbert, 1998: Wertorientierte Gestaltung der Unternehmensführung. Unternehmensführung & Controlling, Hrsg.: Wolfgang Becker und Jürgen Weber. Gabler Edition Wissenschaft. DUV Deutscher Universitätsverlag, Wiesbaden.

² Für Nicht-Hannoveraner sei erläutert: Der Deister, [hannöversch gesprochen Daasta], ist der Hausberg der Hannoveraner westlich von Hannover. Er schließt den östlichen Rand des Wesergebirges ab und eignet sich sehr schön zum Wandern und zum Beobachten von Waldschäden auf der westlichen Seite des Kammes.